

Medieninformation

SPÖ: Menschen in der Krise entlasten – Mieterhöhung heuer aussetzen!

Rendi-Wagner: Deutliche Ersparnis für über 1 Million Menschen und Stärkung von Kaufkraft und Wirtschaft

Die SPÖ fordert für heuer ein Aussetzen der Mietpreiserhöhung. Denn bereits im April sollen die Richtwertmieten um 3,01 Prozent (Wertanpassung VPI) steigen.

Die Folgen der Corona-Krise treffen viele Menschen in Österreich hart. Über eine halbe Million Menschen sind derzeit arbeitslos, mehr als 460.000 Menschen sind in Kurzarbeit. Schon vor der Krise war Wohnen für viele kaum noch leistbar – Corona macht die Situation noch schwieriger.

„Sinkende Einkommen, steigende Mieten: Das geht sich irgendwann nicht mehr aus. Ich appelliere an die Regierung: Die Mieterhöhung aussetzen, statt das Problem aussitzen! Wir müssen die Menschen in dieser schwierigen Zeit unterstützen und sie nicht zusätzlich belasten.“

SPÖ-Parteivorsitzende, Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner

Der Vorschlag der SPÖ: Per Parlamentsbeschluss soll die Erhöhung der Richtwertmieten ausgesetzt und so eine weitere Belastung für die MieterInnen verhindert werden. Das geht ganz einfach: Die Regierungsparteien müssen nur dem SPÖ-Antrag zustimmen, der nächste Woche Mittwoch zuerst im Bautenausschuss und anschließend bei der Parlamentssitzung beschlossen werden kann. Durch das Aussetzen der Richtwertmieten-Erhöhung werden die Menschen deutlich entlastet, Konsum und Kaufkraft werden gestärkt – davon profitiert auch die Wirtschaft massiv.

Das bestätigt **SPÖ-Wohnbausprecherin Ruth Becher**: *„Gerade wegen der hohen Arbeitslosigkeit und des Wirtschaftseinbruchs brauchen wir eine Entlastung bei den Mieten, die im Gegensatz zu den Programmen der Bundesregierung auch zielsicher ankommt und die Kaufkraft stärkt. Dazu gehört das Aussetzen der Erhöhung der Richtwertmieten. Die Lebenshaltungskosten jetzt zu senken, muss höchste Priorität haben!“*

Hintergrund: Nächste Mieterhöhung am 1. April 2021 fällig

Richtwertmieten betreffen in ganz Österreich rund 500.000 Mietverträge (für Altbauten, Wiener Gemeindewohnungen, sonstige Mietverträge) und damit über 1 Million Menschen, die in solchen Mietwohnungen leben.

Die **Richtwertmieten steigen alle 2 Jahre am 1. April** aufgrund der Inflationsanpassung. Die letzte Erhöhung war am 1. April 2019 – **die nächste Erhöhung wird also am 1. April 2021** fällig. Das muss aber nicht so sein: Die Regierung hat die Möglichkeit, die Erhöhung per Gesetz zu stoppen. Diese Unterstützung der Mieterinnen und Mieter gab es auch 2009 während der Wirtschafts- und Finanzkrise unter dem SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann.

SPÖ schlägt Aussetzung vor – über 1 Mio. Menschen profitieren

Wir schlagen vor, die Erhöhung der Richtwertmieten 2021 auszusetzen, um die Menschen nachhaltig zu entlasten und die Wirtschaft zu stärken. Von dieser Entlastung würden über **1 Mio. Menschen in Österreich profitieren** – ganz direkt und unbürokratisch! Umgesetzt werden kann das mit dem sogenannten „**Mietrechtlichen Inflationslinderungsgesetz**“.

So teuer kommt den MieterInnen die geplante Richtwertmieten-Erhöhung – Beispiele:

Bei einer zu erwartenden Indexanpassung von 3,01 Prozent würde der Richtwert in Wien von 5,81 Euro auf 5,98 Euro pro Quadratmeter steigen. Das bedeutet ganz konkret:

1. Ein Paar, das mit altem Mietvertrag in einer 80-m²-Wohnung ohne Zuschläge lebt, müsste bei einer Miete von derzeit 464,80 Euro im Monat mit einer Erhöhung von 13,60 im Monat und **Mehrkosten von 163,20 Euro im Jahr** rechnen.
2. Eine Familie, die vor drei Jahren eine 85-m²-Altbauwohnung mit Lagezuschlag im dritten Bezirk bezogen hat, müsste statt bisher 705,50 Euro im Monat ab 1. April 725,90 Euro im Monat zahlen. Das sind **244,80 Euro Mehrkosten im Jahr!**